

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(87. Sitzung am 15. April 2020)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Jahresabschluss 2019 der NORD/LB**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung zum Teil in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Vorlagen**

Vorlage 229 (MF) – Wiederbesetzung von Stellen gemäß den Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (Kapitel 0206; 0406; 1103; 1116)

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 221 (MF) – Neustrukturierung der Finanzämter hier: Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (AfHuF) über die Verschiebung von Finanzamtsfusionen

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Frage, ob die aktuell veranlassten finanziellen Hilfen anlässlich der Pandemie mit dem Virus SARS-CoV-2 richtig eingesetzt werden**

dazu: Vorlage 232 (MF) - Bereitstellung von Landesmitteln zur Bewältigung der gesundheitlichen Großlage Coronavirus

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Vorlage 232 nahm er zur Kenntnis.

4. a) **Nachtragshaushalt zum Corona-Krisenmanagement effizient nutzen!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/6134

b) **Entwurf eines 1. Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2020: Bedrohung durch Erkrankung mit Corona-Virus bitter ernst nehmen - Gesundheitswesen massiv unterstützen - Unterstützung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Kultur zielgenau, wirkungsvoll und schnell umsetzen - Zusammenhalt und soziale Vorsorge sichern - Grundrechte wahren - Zukunftsinvestitionen planen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6147

Der - federführende - Ausschuss kam überein, den Versuch zu unternehmen, sich bis zu seiner nächsten Sitzung am 29. April 2020 auf eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu verständigen. Er beschloss, den Ausschuss für Inneres und Sport zu den seinen Zuständigkeitsbereich berührenden Aspekten um eine Stellungnahme nach § 28 Abs. 4 GO LT zu bitten, und bat den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um die Durchführung der Mitberatung. Die erbetene Stellungnahme und die Ergebnisse der Mitberatungen sollten dem - federführenden - Ausschuss nach Möglichkeit bis zur Fortsetzung seiner Beratung am 29. April 2020 zugeleitet werden.

